Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰. In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

№ 250. | Freitag den 25. Oktober 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Gesetz zum Schutz der Republik.

Köln, 22. Okt. Die „Kölnische Zeitung" ist in der Lage, den vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik mit den bei der im September veröffentlichten Fassung vorgenommenen Aenderungen bekannt zu geben. In den ersten drei Paragraphen, die vom „Verbrechen wider das Leben einer Person wegen ihrer Stellung im politischen Leben" handeln, wird diese Formel abgeändert in „Verbrechen wider das Leben einer Person wegen ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung". Der § 4 erhält die folgende neue Fassung: Wer außer den Fällen des § 3 gegen eine Person wegen ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung im politischen Leben eine Gewalttätigkeit begeht, oder mit einem anderen verabredet, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft; sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis bis zu drei Jahren. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Der § 5 des ersten Entwurfs ist im neuen Entwurf völlig gestrichen worden. An seine Stelle tritt der ehemalige § 4 mit dem bereits bei den §§ 1—3 angemerkten Abänderungen. Die restlichen Paragraphen bleiben in der ursprünglichen Fassung bestehen, nur sind die Paragraphennummern entsprechend geändert worden.

Das Spiel mit der Krise.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der volksparteiliche Politiker Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Cremer u. a.: Nicht heute, wo der Ausgangspunkt der Finanzreform noch nicht erreicht ist, ist es an der Zeit, von Krise zu reden, sondern heute gilt es, eine Krise zu vermeiden, um des Staatswesens, aber auch um des Interesses der Wirtschaft willen, die ganz besonders durch eine Staatskrise betroffen werden würde. Die Schwierigkeiten der Kassenlage des Reiches und seines Haushalts sind keine neue Erscheinung, für die man restlos den gegenwärtigen Finanzminister oder die gegenwärtige Reichsregierung verantwortlich machen könnte, beides hat seine Wurzeln vielmehr in Sünden einer Vergangenheit, für welche kein einziger Teil des deutschen Volkes die Mitverantwortung ablehnen kann. Eine Aenderung der Regierungsmehrheit aber setzt das Vorhandensein politischer Gruppen voraus, die an Stelle ausscheidender Parteien fähig und bereit sind, in die Verantwortung zu treten. Ein politischer Kurswechsel hängt von dem Vorhandensein einer deutschnationalen Partei ab, die ein anderes Gesicht erhält, als das des Herrn Hugenberg, und bereit ist, die Rolle einer konservativen Partei auf dem Boden der Republik zu spielen. Die Gesundungskrise, die dort im Werden ist, und vielleicht mit dem Zusammenbruch der an das Volksbegehren geknüpften Hoffnungen schneller zum Ausdruck kommt, kann durch gutes Zureden und Annäherungsversuche von der Deutschen Volkspartei her nicht beschleunigt, sondern wahrscheinlich nur hintangehalten und verschleppt werden. Ueberhaupt dürfte der Ruf nach einer großen bürgerlichen Partei der Mitte im gegenwärtigen Augenblick leichter in eine Staatskrise hineinführen als aus ihr hinaus. Dem großen Gedanken des Zusammenschlusses der bürgerlichen Gruppe der Mitte wird am besten durch stille Vorbereitung, und am wenigsten durch öffentliche Diskussionen gedient. Daß die Deutsche Volkspartei in dieser Diskussion eine starke Zurückhaltung für den Augenblick beobachtet, ist umso verständlicher, als sie noch vor der Lösung ihrer Führerfrage steht, die sicherlich nicht anders als durch die Wahl einer Einzelpersönlichkeit gelöst werden kann und keinesfalls zu einer Lösung durch den Gedanken eines Direktoriums führen dürfte.

Reichskontrolle über Reichsbahn und Reichsbank. Folgen des Youngplanes.

Berlin, 22. Okt. Der Rechnungsunterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstags stellte am Dienstag den Bericht über die Prüfung der Haushaltsrechnungen 1918—1924 fest. In diesem Bericht wird bemängelt, daß das Reichsbahngesetz den Rechnungshof in seiner Prüfungstätigkeit ausgeschaltet hat, obwohl das Reich der alleinige Aktionär der Reichsbahngesellschaft geblieben ist. Der Unterausschuß hält es für dringend notwendig, daß bei der Durchführung des Youngplanes unter allen Umständen das volle Prüfungsrecht des Rechnungshofes bei der Reichsbahn wieder sichergestellt wird. Besonders soll auch rückwirkend festgestellt werden, was beim Uebergang der Eisenbahnen an die Reichsbahngesellschaft an Eigentum vorhanden war und welche Bewegungen auf diesen Eigentumskonten vor sich gegangen sind. Ebenso wird die Ausschaltung des Rechnungshofes durch das Reichsbankgesetz verurteilt. Nach Auffassung des Rechnungsunterausschusses hat der Reichsfinanzminister die Interessen des Reiches gegenüber der Reichsbank, die dem Rechnungshof ein weiteres Kontrollrecht bestritt, nicht voll durchgesetzt. Das Reich sei an dem Gewinn der Reichsbank beteiligt. Zur Zeit gebe es aber keine Stelle, die unabhängig prüft, ob der dem Reiche zustehende Gewinnanteil ordnungsgemäß berechnet und restlos abgeführt wird. Es erscheine dringend notwendig, daß die Reichsregierung bei der Annahme des Youngplanes auch für die volle Wiederherstellung des Kontrollrechts des Rechnungshofes bei der Reichsbank sorgt.

Die Tscheka auch in Berlin?

Berlin, 21. Okt. In Berliner russischen Kreisen sind dem „Lokalanzeiger" zufolge Gerüchte verbreitet, daß ähnlich wie in Paris auch in Berlin eine Tscheka-Untersuchung über angeblich gegenrevolutionäre Umtriebe von Mitgliedern der hiesigen Sowjetbotschaft und Handelsvertretung bevorstehe. Es seien schon Abberufungen und Verbannungen von Sowjetvertretern erfolgt. Während man russischerseits einen Zusammenhang mit der Pariser Skandal-Affäre vermutet, wird von anderer Seite angenommen, daß der Abschluß des Zündholzvertrages mit dem Schwedentrust hierbei die Hauptrolle spielt. Der Pakt bedeute eine schwere Niederlage der sowjetrussischen Handelsvertretung. Wahrscheinlich habe man in Moskau deswegen beschlossen, das in solchen Fällen übliche Verfahren wegen Verrats an den Staats- und Parteiinteressen einzuleiten.

Die Unterschlagungen des Konkursverwalters Cohn.

Breslau, 24. Okt. Durch die bereits gemeldete Flucht des Breslauer Konkursverwalters Jakob Cohn stehen nach den bisherigen Feststellungen Hunderttausende von Mark auf dem Spiel. Allein die Stadt Striegau wird sehr schwere Verluste erlitten haben, da Cohn einen 2,4 Millionen Mark betragenden Konkurs, an dem auch die Stadt Striegau mit 64 Prozent der Gesamtforderungen beteiligt ist, stets verzögerte. Es besteht schon seit längerer Zeit zwischen den Vertretern der Stadt Striegau und dem Konkursverwalter Cohn ein gespanntes Verhältnis. Ihm wurden Vorwürfe gemacht, daß er beispielsweise aus der Konkursmasse weit mehr Geld verwandte, als ihm zustand. In einem Fall soll er statt 20 000 48 000 Mark abgehoben haben. Die Angelegenheit kam dadurch an den Tag, daß ein Breslauer Rechtsanwalt in seiner Eigenschaft als Mitglied des Gläubigerausschusses durch den Konkurs einer Schokoladefabrik eine überraschende Revision im Büro Cohns vornahm. In seiner Begleitung befand sich ein Bankdirektor. Konkursverwalter Cohn war von dem Wunsch der beiden Herren, die Bücher nachzusehen, unangenehm berührt und suchte sie zunächst zu überreden, davon Abstand zu nehmen. Der Rechtsanwalt bestand jedoch auf der Nachprüfung und stellte schon bald fest, daß Cohn über einen Betrag von 6000 Mark keine befriedigende Auskunft zu geben vermochte. Eine Stichprobe bei den Bankguthaben hatte die Feststellung zum Ergebnis, daß Cohn allein in dem kurzen Zeitraum von Ende August bis Ende September dieses Jahres 28 000 Mark in Teilen abgehoben hatte. Auch über die Verwendung dieses Betrages vermochte er keine Angaben zu machen. Er erklärte zunächst, er habe dafür Barzahlungen an bevorrechtigte Gläubiger geleistet, vermochte jedoch hierüber keine Belege vorzulegen. Zum Schluß erklärte Cohn, er müsse bestohlen worden sein. Die untersuchenden Herren gewannen bei diesen Feststellungen den Eindruck, daß vielleicht auch das Personal irgendwie beteiligt ist. Besonders auffallend erschien auch der Umstand, daß Cohn einen Gesamtausgabeposten von 82 000 Mark gebucht hatte, über den sich ebenfalls nichts Näheres feststellen ließ. Andere Rechtsanwälte berichten, daß sie an mehreren Stellen ebenfalls Fehlbeträge festgestellt haben. In einem Fall handelt es sich um 350 000 Mark, in einem anderen um 40 000 Mark. Diesen Feststellungen kommt deswegen eine weittragende Bedeutung zu, weil der Grundbesitz Cohns, der an sich einen erheblichen Sicherheitswert repräsentiert, stark belastet ist. Die luxuriöse Villa ist überdies Eigentum seiner Frau.

Ausland.

Wien, 24. Okt. In Wien wird in einem amtlichen Communiqué gegen die Abhebung von Spareinlagen und Valutakäufen Stellung genommen. Die Ordnung in Oesterreich sei gesichert.

Paris, 24. Okt. Poincaré hat an den Senatspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er den Senat um Bewilligung eines durch seine Krankheit bedingten Urlaubs bis Ende des Jahres ersucht.

London, 24. Okt. Der englische Arbeitsminister soll nach Blättermeldungen der Auto-Industrie die Beibehaltung des 33⅓prozentigen Schutzzolls versprochen haben.

Keine Gnade für Leidenschaftsverbrecher!

Der italienische Justizminister Rocco veröffentlicht einen Erlaß, der zur strengen Bestrafung der Leidenschaftsverbrechen auffordert. Den Anlaß bildet ein aufsehenerregender Fall, der kürzlich ein italienisches Gericht beschäftigt hat. Ein eifersüchtiger Ingenieur hatte dem Dienstmädchen den Auftrag gegeben, seine Frau zu überwachen. Das Mädchen berichtete ihm dann über eine Szene ehelicher Untreue, die es beobachtet haben wollte, und der Ingenieur ließ sich dazu hinreißen, auf seine Frau einen tödlichen Schuß abzugeben, als sie seine Knie umklammerte, um ihre Unschuld zu beteuern. Das Schwurgericht sprach den Gattenmörder wegen vorübergehender Unzurechnungsfähigkeit frei. In seinem Erlaß, der sich an die Richter und Staatsanwälte richtet, nennt der Justizminister dieses Urteil einen Skandal, der die italienische Rechtsprechung beflecke. Den Geschworenen müsse die schwere Verantwortung ihres Amtes zum Bewußtsein gebracht werden. Auch für Verbrechen aus Leidenschaft gelte das Gesetz in seiner ganzen Strenge. Beklagenswerten und krankhaften Sentimentalitäten dürfe kein Raum gewährt werden.

Ein Vorstoß gegen die Saarverhandlungen.

Paris, 24. Okt. Die parlamentarische Gruppe der sogenannten Radikalen Linken hat in einer gestrigen Fraktionssitzung eine Resolution ihres Präsidenten Franklin Bouillon angenommen, die besagt: „Angesichts der durch die Regierungskrise geschaffenen neuen Lage beschließt die Gruppe einstimmig, die Verschiebung des am 28. Oktober vorgesehenen Zusammentritts der Saarkommission zu verlangen, bis zu einem Zeitpunkt, da die Kammer Gelegenheit haben wird, zur Gesamtheit der außenpolitischen Probleme Stellung zu nehmen."

Galsworthy für Freigabe.

London, 24. Okt. In einem Brief an die „Times" spricht sich der Dichter und Dramatiker John Galsworthy für die sofortige Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums aus. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß die Beschlagnahme ein Bruch des internationalen Rechts gewesen sei, das genau so ungerechtfertigt sei, als wenn man den Tod einer englischen Privatperson durch die Enthauptung eines Deutschen im Wege der Wiedervergeltungsmaßnahmen gutmachen wolle. Man habe tatsächlich eine Rückkehr zum Barbarismus erlebt, der zeige, wie erst die Kriegspsychose Verstand und natürlichen Instinkt erstickt habe. Wenn heute die Engländer die Frage an der Wahlurne entscheiden müßten, so sei er sicher, daß die Mehrheit sich für die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriege aussprechen würde. Die zurzeit einsetzende Propaganda ist sicherlich bemerkenswert, ganz besonders auch deswegen, weil sie in der „Times" erscheint. Die Amtsstellen haben aber im Augenblick noch keinerlei Entscheidungen getroffen.

Unterwerfung Habib Ullahs und seiner Minister.

Moskau, 23. Okt. Wie aus Kabul gemeldet wird, haben Habib Ullah und Seid Hussein, der ehemalige Gouverneur von Madjarischeriff, nachdem sie von Truppen Nadir Khans eingeschlossen waren, Nadir Khan ihre völlige Unterwerfung angeboten. Sie wurden nach Kabul gebracht. Der ehemalige Minister des Hofes, ferner der Außenminister und der Innenminister Habib Ullahs haben sich ebenfalls ergeben und wurden begnadigt. Nadir Khan hat sämtliche Regierungsorgane, darunter das Außenministerium in der gleichen Zusammensetzung wie unter Aman Ullah wieder eingesetzt. Die Kaufmannschaft Kabuls hat eine Sammlung zur Unterstützung der neuen Regierung eingeleitet.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 22. Okt. (Fallende Blätter.) Das sich immer mehr verfärbende Laub gemahnt uns mit aller Deutlichkeit daran, daß wir nun mitten im Herbst stehen. Messinggelb, kupferrot und bronzebraun leuchten die Bäume auf und langsam rieselt Blatt auf Blatt zu Boden. Die feuchten und kalten Herbstnächte werden wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen und das Nebelmeer, das an manchen Tagen in den frühen Morgenstunden über Wiesen und Felder sich lagert, deutet an, daß es mit der Jahreszeit immer stärker bergab geht. Dem aufmerksamen Beobachter der Natur wird es aber nicht entgehen, daß noch eine reiche Pracht von Blumen auf Anger und Acker zu sehen ist. Die Matten im Tale sind mit der Herbstzeitlose in ihrem wunderbar schönen lila Blütenschmuck geziert. Manche Wiese erinnert an ein blühendes Krokusfeld im Lenz, wo jetzt blaue Kelche aus dem Boden leuchten. Die Silberdisteln beleben in anmutiger Weise die Berghalde und die Wachholderbüsche, die Schlehdornhecken mit ihren blauen Beeren und die Heckenrosensträucher mit den roten Hagebutten sowie die Vogelbeersträucher mit den roten Korallentrauben vereinigen sich zu einer Buntheit, wie sie nur der Herbst hervorzuzaubern vermag.

Neuenbürg, 24. Okt. (Schutz der Stechpalme.) Die Stechpalme kommt bei uns im Schwarzwald vor und hat dort ihre östliche Verbreitungsgrenze. Sie ist eine ausgesprochen atlantische Pflanze, liebt also feuchte Luft, hohe Niederschlagsmengen und keinen allzu großen Temperaturunterschied. In dem letzten außergewöhnlich kalten Winter fand sozusagen ein lange anhaltender Vorstoß des kontinentalen Klimas von Rußland nach Westen und Südwesten statt, der trockene und sehr kalte Luft bis nach Italien und Südfrankreich brachte. In diesem Winter haben daher alle Pflanzen, die teils von Natur, teils unter dem Einfluß des Menschen sich zu weit vorgewagt haben, sehr stark gelitten, seien es Pflanzen des warmen Mittelmeergebiets wie der Nußbaum, der Buchs und andere, oder seien es ausgesprochen atlantische Pflanzen wie die Stechpalme. In wenig geschützten Gegenden des württembergischen Schwarzwaldes ist nahezu die Hälfte aller Stechpalmen erfroren. Bekanntlich steht die Stechpalme unter Naturschutz und darf nicht abgeschnitten, abgerissen noch in den Handel gebracht werden. Angesichts der großen Frostschäden, die sich im Laufe dieses Sommers herausgestellt haben, ist es besonders notwendig, daß die Schutzvorschrift von allen Kreisen der Bevölkerung streng beobachtet wird.

Neuenbürg, 24. Okt. Auf der internationalen Kochkunstausstellung in Frankfurt hat den höchsten Preis, das Ehrenkreuz der Köche, erhalten Fritz Heim von Neuenbürg, zurzeit Gundelsheim, Sanatorium Schloß Horneck.

(Wetterbericht.) Die nördliche Depression hat jetzt die Vorherrschaft. Für Samstag und Sonntag ist vielfach bedecktes und auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 24. Okt. Um gegen die lästige Staubplage geschützt zu sein, haben die hiesigen Hauptverkehrsstraßen eine entsprechende Oberflächenbehandlung erfahren dürfen. So wurde im Laufe des Sommers an der Haupt-, sowie an der Baumgartenstraße die Colasierung vorgenommen, ebenso an der Aufstiegstraße von der Wildbaderstraße bis zur Bahnhof-

staffel. Die Bahnhofstraße vom „Schwarzwaldrandhotel" bis zur „Aussicht" wurde bewalzt, ebenso die Dietlingerstraße, deren Verlängerung bis zum Sportplatz mit einer Vorlage und einem Nebenweg versehen wurde. Auch die Karlsstraße hat eine zeitgemäße Ausbesserung erfahren. Auf jeden Fremden, der durch unsern Ort geht, wird der gute Stand der Ortsstraßen einen vorteilhaften Eindruck machen.

Baden.

Pforzheim, 24. Okt. (Ein interessanter Rechtsstreit zwischen der Stadt Pforzheim und der Deutschen Kolonialgesellschaft.) Der berühmte Ostafrikakämpfer General von Lettow-Vorbeck hat am 25. Oktober 1927 auf Einladung der hiesigen Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft im Saalbau einen Vortrag gehalten. Dieser Vortrag wurde die Quelle eines Rechtsstreites, denn das städtische Rechnungsamt verlangte von der Kolonialgesellschaft 132,85 Mark Lustbarkeitssteuer, die zu zahlen die Kolonialgesellschaft sich weigerte. Als die Stadt auf Zahlung bestand, klagte die Stadt beim Bezirksrat und beantragte ihre Freistellung von der Lustbarkeits- bezw. Vergnügungssteuer. In letzter Instanz hat der badische Verwaltungsgerichtshof der Kolonialgesellschaft Recht gegeben.

Vermischtes.

Postübernahme in der Luft. Im Flughafen Tempelhof sind dieser Tage interessante Versuche durchgeführt worden. Darnach sollen in Zukunft Postflugzeuge auf kleineren Zwischenstationen Postsäcke abgeben und neue Ladung übernehmen können, ohne daß die Maschine zu landen braucht. Die Erfindung beruht darauf, daß das Flugzeug über dem betreffenden Flughafen mit dem an einem Kabel herabhängenden abzuliefernden Postsack in geringer Höhe eine gabelähnliche Vorrichtung anbringt, die das Kabel in die Gabel selbst einführt. Hier reißt es eine Scheibe mit, an der der neue Postsack befestigt ist. Die Scheibe drückt im Augenblick des Aufprallens auf den am Kabelende befindlichen Greifer, der sich öffnet und den zur Ablieferung gelangenden Postsack fallen läßt, während das Kabel mit der neuen Postladung von dem weiterfliegenden Flugzeug an Bord gezogen wird. Die bisherigen Versuche waren so erfolgreich, daß man bald an die praktische Einführung wird gehen können.

Remarques neues Buch. In einem Interview mit dem „Observer" erklärte Remarque, daß er, um sich für sein zweites und wahrscheinlich letztes Buch zu sammeln, sich von der Publizität und den geschäftlichen Angelegenheiten, die sich aus dem Riesenerfolg seines ersten Buches ergeben hätten, zurückziehen wolle. In seinem letzten Buche werde er das Problem behandeln, wie die Generation, die den Kampf mitgemacht habe, sich nachher wieder im Frieden mühselig zurechtfinden müsse. Remarque erklärte, daß die Kriegserlebnisse seines Helden, mit Ausnahme des Todes, kurz vor dem Waffenstillstand seine eigenen Erlebnisse gewesen seien. Nur habe er seinen Helden noch im Krieg sterben lassen, damit der Krieg der heutigen Jugend nicht als ein glorreiches Abenteuer erscheine. Der Unteroffizier Himmelstoß lebe heute noch als Postbeamter. Viele Regimentskameraden von Remarque hätten sich brieflich darüber beschwert, daß Himmelstoß viel besser behandelt worden sei, als er es verdient hätte. Remarque erklärte dann, daß er die meisten Auslassungen, die sich gegen das Buch richten, nicht lese. Der Protest des Deutschen Offiziersbundes gegen die Kandidatur Remarques für den Friedensnobelpreis könne nur daher rühren, daß die betreffenden Offiziere das Buch überhaupt nicht gelesen hätten. Erich Remarques Kriegsbuch „Im Westen nichts Neues" ist aus der öffentlichen Leihbibliothek in Northampton entfernt worden, trotzdem die Nachfrage danach groß war. Ein Mitglied des Verwaltungsausschusses der Bibliothek gab als Grund die „außerordentliche Rohheit" des Buches an. Auch der Stadtrat von Lambeth hat das Buch aus den städtischen Bibliotheken entfernen lassen.

Sensationsprozeß in Olmütz. Für den am Montag stattfindenden Prozeß gegen den Fleischhauer Franz Rudolf, der den im Olmützer Gefängnis unter dem falschen Verdacht der Spionage festgehaltenen Oesterreicher Hermann Böhm durch einen Faustschlag getötet hatte, wurden außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Am Samstag erschien im Kreisgerichtspräsidium Grete Steindl, die Lebensgefährtin Böhms, in höchster Aufregung und erklärte, sie hätte gehört, Rudolf würde freigesprochen werden. Der Gerichtshof antwortete ihr darauf, das könne er nicht wissen, das hänge von den Geschworenen ab. Darauf meinte Grete Steindl: Wenn Rudolf freigesprochen würde, würde sie ihn erschießen. Das Kreisgerichtspräsidium hat darauf den entsprechenden Sicherheitsdienst eingesetzt. Der Vater des Böhm hat sich als Privatkläger dem Prozeß angeschlossen. Die Kosten seiner Vertreter beim Prozeß trägt das österreichische Bundeskanzleramt.

Am Grabe Vater Halsmanns. Gestern ist auf dem jüdischen Friedhof in Innsbruck in Anwesenheit der Familie und einiger näherer Freunde die Grabsteinlegung von Max Mordruh Halsmann erfolgt. Auch der Sohn Philipp Halsmann hatte Erlaubnis bekommen, unter Bewachung nichtuniformierter Polizeibeamter der Feier beizuwohnen. Landesrabbiner Dr. Link sagte nach dem Gebet ergreifende Worte über das schönste Gebot des Judentums, das die Anwesenden heute erfüllten, nämlich jenes, Gottesdienst am Menschen zu üben. Frau Halsmann, Sohn und Tochter hielten sich weinend umschlungen. Keiner der Anwesenden konnte sich der Tränen erwehren. Der Staatsanwalt hat auf Erhebung der Richtigkeitsbeschwerde gegen das Strafausmaß verzichtet. Die gesetzliche Frist ist heute nacht abgelaufen.

Die Teufelsaustreibung des Kunstmalers. Den Aberglauben der Bevölkerung in den Oetztaler Alpen hat sich ein geriebener Bursche zunutze gemacht. Seit einiger Zeit ging dort das Gerücht um, daß im Bauernanwesen der Gebrüder Reinstadler in Neder der Teufel hause. Viele Personen behaupteten ganz bestimmt, den Gottseibeiuns leibhaftig gesehen zu haben. Auch die Bewohner des Anwesens selbst wollen den Teufel schon wiederholt in einer bestimmten Kammer gesehen und gehört haben, und diese Kammer wird seither nicht benützt, sie ist verriegelt und abgesperrt. Vor einigen Tagen erschien nun bei Reinstadler ein Herr, der sich als Detektiv und Beauftragter der Polizei vorstellte und erklärte, den Auftrag zu haben, den Teufel auszuforschen und ihn dingfest zu machen. Der Bauer müsse nur für die Unkosten 200 Schilling bezahlen. Der Gauner, der vollen Glauben fand, berief sich auch auf einen Auftrag des Geistlichen, der ihm geweihtes Wasser und einen Spruch für die Teufelsaustreibung gegeben habe. Als die Zeremonie bereits im Gange war, fuhr jedoch die Gendarmerie dazwischen, die trotz Protestes den Detektiv festnahm. Dieser gestand sofort, der 24jährige Kunstmaler Heinrich Prien aus Ohendorf in Reußen zu sein und verantwortete sich damit, mit den Bauern nur Ulk treiben zu wollen. Da aber zweifellos auch Betrugsabsicht vorliegt, wurde Prien dem Bezirksgericht überwiesen.

Explosion in Südfrankreich. Infolge einer Sprengstoff-Explosion in der Nähe eines Sees bei Luchon ist die Arbeitsstätte, wo sechs Elektrizitätsarbeiter beschäftigt waren, durch plötzliches Hereinströmen des Wassers überschwemmt worden. Die Arbeiter ertranken.

Diebesbande von Schulbuben. Wie aus Köge (Dänemark) gemeldet wird, ist der Polizei die Unschädlichmachung einer aus sechs Knaben im Alter von sechs bis vierzehn Jahren bestehenden Diebesbande, die seit einem Jahr in Köge eine Anzahl von Verbrechen begangen hat, gelungen. Führer der Bande war ein Junge von zehn Jahren. Die Bande war so gut organisiert, daß die Untersuchung der Polizei große Schwierigkeiten machte. Man ist der Ansicht, daß das Sündenregister der Bande recht lang ist. Vorläufig ist festgestellt worden, daß die jungen Verbrecher eine ganze Anzahl von Diebstählen in Läden, Bierlagern, Automaten, Gärten und Hühnerhäusern begangen haben. Ferner haben sie viele Verwüstungen angerichtet, indem sie zahlreiche Schaufensterscheiben zertrümmerten und Markisen zerschnitten. Die Bande hauste in einer Erdhöhle im Walde, die wie eine richtige Verbrecherzentrale eingerichtet war.

Dornier-Flugzeugbau in Amerika. General Motors und der amerikanische Fokker-Flugzeugbau haben eine „Dornier-Corporation of America" gegründet und ins Handelsregister eintragen lassen. Die Gesellschaft will in Amerika unter Benutzung der Patente Dorniers Flugboote bauen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 24. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 6 Ochsen (unv. 3), 2 Bullen, 25 (2) Jungbullen, 100 (37) Jungrinder, 8 (3) Kühe, 172 Kälber, 519 (206) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 51—53 (51—53), b 47—50 (46—49), Jungrinder a 56—60 (57—62), b 48—53 (50—55), c 45—48 (unv.), Kühe —, Kälber b 85—88 (84—87), c 73—83 (73—81), Schweine a fette über 300 Pfd. 86—88 (88—90), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 87—88 (88—90), c von 200—240 Pfd. 87—89 (unv.), d von 160—200 Pfd. 85—87 (unv.), e fleischige von 120—160 Pfd. 83—85 (unv.) Mark. Marktverlauf: Großvieh schleppend, Ueberstand, Kälber belebt, Schweine langsam, Ueberstand.

Weinpreise. In Hoheneck Lese beendet, Käufe zu 250 bis 275 Mark; Beihingen a. N. Käufe zu 275—300 Mk., alles verstellt; Stockheim erzielte 290—300 Mk.; Haberschlacht hatte Käufe zu 210—240 und 290 Mk.; Nordhausen weitere Käufe zu 190—200 Mk.; Weiler a. Z. 210 Mk.; Stetten a. H. Lese beendet, Käufe zu 165—180 Mk.; Kleingartach alles verkauft zu 200—210 Mk. pro Eimer; in Derdingen OA. Maulbronn bewegten sich die Preise zwischen 70 und 80 Mk. je Hl., Amerikanerwein das Liter zu 23 Pfg.; Beutelsbach alles verkauft zu 300—390 Mk., Wein vorzüglich; in Untertürkheim wurden Käufe unter der Hand getätigt von 300 Mk. aufwärts. Bei der Weinversteigerung der Weingärtnergesellschaft Uhlbach wurde zu 110 Mk. pro Hl. abgegeben. Weitere Käufe wurden zu 360 Mark pro Eimer abgeschlossen. Die Weingärtnergesellschaft Fellbach erzielte bei der Versteigerung für Mittelfeldwein 80—92 Mk. pro Hl. Bergwein Klasse Ia wurde zu 120—134 Mark erlöst abgesetzt. Die Weingärtnergenossenschaft Nordheim, OA. Brackenheim, erzielt 205—260 Mk. In Weinsberg wurden bezahlt für Weiß gemischt 60—65, Weißriesling 65—70, Rot gemischt 70—78, Trollinger 101—108 Mk. pro Hl. Erlenbach Verkäufe zu 225—250, Auslese Trollinger 200 Mark, Neipperg Lese beendet. Käufe zu 250—280 Mk. Stockheim Lese in vollem Gang. Käufe zu 290—300 Mk. pro Eimer. Wundelsheim erlöste für Käsberger 300 bis 390 Mk., für Mittelgewächs 190—240 Mk. Kleinbottwar Verkäufe von 290—250 Mk., Höpfigheim zu 175—200 Mk.

Die Ergebnisse der Weinernte. Die Rotweinernte hat in allen deutschen Weinbaugebieten ihr Ende erreicht; sie fiel, abgesehen von Frostlagen, quantitativ befriedigend und qualitativ gut aus. In der Rheinpfalz wurden Portugiesermoste mit etwa 350—500—550 Mark die 1000 Liter, je nach Güte, bewertet. Die Weißtraubenlese ist nunmehr fast in allen Gebieten flott im Gang, in einigen schon weit vorgeschritten und stellenweise sogar schon zu Ende geführt. Ihr Mengenergebnis kann, abgesehen von durch Frostschäden beeinträchtigten Rebgelände, als annehmbar und ihrer Beschaffenheit nach den Mostgewichten gut genannt werden. Diese reichen vielfach an jene des Jahres 1921 heran. Es dürfte nach den seitherigen Ergebnissen wohl ein etwa den Jahrgängen 1915 und 1917 an Güte ähnelndes Erzeugnis eingebracht werden. In der Rheinpfalz liegen die Preise für Weißmaische am oberen Haardtgebirge auf 15—17 Mk. und mehr, an der Mittelhaardt, wo die großen Weingüter jetzt erst die Weinlese begonnen haben, von 18—27 Mk. auf 35 und 40 Mk. in den ersten Rebsorten, und am unteren Haardtgebirge auf 18 bis 22 Mk. und darüber die Legel (40 Liter). Für die 1000 Liter flüssigen Most wurden an der Oberhaardt etwa 450 bis 500 bis 550 Mk., am mittleren Gebirge etwa 850—1350 Mk. und an der Unterhardt etwa 550—700 Mk. gefordert und erzielt. In Franken wurden für Rottrauben 75 Mk. je 100 Liter Most angelegt. Auf dem Land bewegten sich bei Mostgewichten von 60—75 Grad nach Oechsle und mehr die Preise seither zwischen etwa 60 und 80 Mark die 100 Liter. In Baden fiel im Markgräflerland die Ernte mengenmäßig besser, als erwartet, aus: bei Mostgewichten von 75—82 Grad nach Oechsle wurden bisher etwa 70—100 Mk. die Ohm (150 Liter) Most gezahlt. In Auggen wurden 50—55 Mk. die 100 Liter, in Bischoffingen für Trauben etwa 17—21 Mk. der Zentner, für Most etwa 70—75 Mk., in Niedereggenen 65 Mk., in Feldberg 60—65 Mk. die Ohm bewilligt, in Niederrimsingen 60 Mk. In Württemberg wurden Mostgewichte von 70 bis 90 Grad und mehr nach Oechsle bei mäßigem Säuregehalt ermittelt. Das Verkaufsgeschäft war lebhaft, zahlreiche Orte haben die Lese schon beendet. Gezahlt wurden seither etwa 150—250 Mk. und ausnahmsweise bis zu 400 Mk. der Eimer (3 Hl.). Der Mengenertrag ist hier geringer als im Vorjahre. In Rheinhessen wiesen die Mostgewichte Ziffern auf von 70—95 Grad und mehr nach Oechsle. Gezahlt wurden hier für Weißmaische, seither in Dienheim 27—36 Mk. die Eiche (64 Liter), in Schwabsberg 30—35 Mk., in Oppenheim 28—45 Mk., in Dalheim 29 Mk., in Ensheim für Trauben 15—18 Mk.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 24. Okt. Im Aeltestenausschuß des Württ. Landtags erklärte am Dienstag laut Schwäbischer Tagwacht Kultminister Dr. Bazille, daß er und Finanzminister Dr. Dehlinger Zurückhaltung üben und in den Kampf um das Volksbegehren nicht eingreifen würden, nachdem der Staatspräsident seinerseits so große Zurückhaltung zeige.

Stuttgart, 24. Okt. Bis jetzt haben sich in Stuttgart für das Volksbegehren 3849 Personen eingetragen.

Stuttgart, 24. Okt. Auf die kleine Anfrage der Abg. Dr. Ing. Beuckmann und Dr. Hieber wegen Besetzung der Präsidentenstelle beim Landesfinanzamt Stuttgart hat das Staatsministerium folgende Antwort erteilt: Nach § 12 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung wird der Präsident des Landesfinanzamts im Benehmen mit der obersten Landesfinanzbehörde ernannt. Die Württembergische Staatsregierung vertritt mit aller Entschiedenheit die Forderung, daß die Stelle besetzt wird mit einem hervorragenden Fachmann auf dem Gebiet der Reichsfinanzverwaltung, der mit den württembergischen Verhältnissen und das genaueste bekannt und Württemberger ist. Die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium schweben noch.

München, 24. Okt. Reichstagsabgeordneter Loibl (Bayr. Vp.) teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern das Ersuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen abgelehnt habe mit der Begründung, daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte.

Landau, 24. Oktbr. In der Nacht zum Donnerstag wurde der 39 Jahre alte Lokomotivführer Ludwig Bollenhals von einem französischen Besatzungssoldaten überfallen. Der Franzose versuchte dem Opfer die Brieftasche aus der inneren Rocktasche zu entreißen. Als ihm dies nicht gelang, zog er sein Seitengewehr und versetzte Bollenhals drei schwere Stiche in den Unterleib, in die Hüfte und in den Oberarm. Bollenhals brach zusammen; später konnte er sich mit vieler Mühe in eine nahe gelegene Wirtschaft schleppen und die dort anwesenden Leute von dem Vorfall verständigen. Eine sofort aufgenommene Verfolgung blieb jedoch erfolglos. Die deutschen Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet. Nach Angaben des Ueberfallenen handelt es sich um einen französischen Unteroffizier.

Erfurt, 24. Okt. In der Nacht zum Donnerstag wurden in das bekannten Erfurter Pelzhaus von Hamann durch Einbruch mit Nachschlüssel etwa 20 Pelze im Werte von 30 000 Mk. gestohlen. Die Diebe haben ihre Beute anscheinend in einem Auto weggeschafft.

Berlin, 24. Okt. In die Listen für das Volksbegehren Freiheitsgesetz haben sich in Groß-Berlin am 23. Oktober 11 132 Personen eingetragen. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt 132 282.

Berlin, 24. Okt. Am 19. Oktober hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte ein Flugblatt des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren wegen Beleidigung der Reichsregierung und groben Unfugs beschlagnahmt. Die von dem Reichsausschuß gegen diese Beschlagnahme eingelegte Beschwerde ist von der Strafkammer des Landgerichts zurückgewiesen worden.

Berlin, 24. Okt. In der Ermittlungssache Sklarek hat der Vorsitzende Richter des Amtsgerichts Charlottenburg in dem heutigen Haftprüfungstermin beschlossen, den beschuldigten Buchhalter Lehmann mit weiterer Vollstreckung der Untersuchungshaft zu verschonen, wenn er eine Sicherheit von 16 000 Mark leistet und sich täglich der Polizei stellt.

Berlin, 24. Okt. Von zuständiger Seite wird zu der Notiz eines Berliner Mittagsblattes über ein Zigarettenmonopol mitgeteilt, daß im Reichsfinanzministerium über einen Referenten-Entwurf für ein Zigarettenmonopol nichts bekannt ist.

Berlin, 24. Okt. In der Voruntersuchung wegen der Sprengstoff-Attentate ist heute eine weitere Gruppe von Angeschuldigten, die sogenannte Rahegruppe, Anton Groß und Kurt Rudorf, aus der Haft entlassen worden, da bei dem jetzigen Stand der Untersuchung zwar ein Tatverdacht auch jetzt noch besteht, aber sowohl Verdunklungsgefahr wie Fluchtverdacht nicht mehr begründet erscheinen. Bei dem Angeklagten Fritz Rehling, bei dem stärkere Verdachtsgründe vorliegen, ist die Freilassung von einer Sicherheitsleistung von 2000 Mark abhängig gemacht worden.

Berlin, 24. Okt. Die Verbreitung der Lichtbilder und der Personalbeschreibung des flüchtigen Rotaes Aron und seiner Frau hat, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, gestern zu einer ersten Spur geführt. Es traf die Nachricht ein, daß Aron und seine Frau im Zuge Prag—Lundenburg—Wien gesehen worden seien. Von Berlin und Prag aus wurde Wien und andere Stationen sofort benachrichtigt.

Berlin, 24. Okt. Geheimrat Hugenberg hat, laut „Germania", einen Brief an die Direktion der Deutschen Welle gerichtet, worin er mitteilt, daß Geheimrat Quandt auf der von der Direktion der Deutschen Welle vorgeschlagenen Grundlage zu einer kontradiktorischen Behandlung der finanzpolitischen Seite des Youngplanes bereit sei.

Berlin, 24. Okt. Nachdem, wie bereits mitgeteilt, die Mitglieder des Berufsvereins der höheren Verwaltungsbeamten Preußens im preußischen Ministerium des Innern ihren Austritt erklärt hatten, hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, die dem Berufsverein angehörenden Beamten des preußischen Wohlfahrtsministeriums nunmehr aus diesem ausgetreten.

Schwerin, 24. Okt. In der Nacht zum Donnerstag brach auf dem Rittergut Cleemann bei Grimmen ein Großfeuer aus. Es brannte der große Kuhstall des Gutes bis auf die Grundmauern nieder. Durch die Rauchentwicklung gelang es nicht mehr, das Vieh aus dem brennenden Gebäude zu retten. 78 Stück Rindvieh, darunter 3 Zuchtbullen, fanden in den brennenden Stallungen den Tod. Sämtliche Heu- und Strohvorräte sind verbrannt.

Kiel, 24. Okt. Der Aufsichtsrat der Kieler Bank teilt mit: Infolge Verschuldung der bisherigen Vorstandsmitglieder hat die Kieler Bank größere Verluste erlitten und ist genötigt, ihre Zahlungen einzustellen. Den bisherigen Vorstandsmitgliedern ist die Leitung der Bank entzogen worden. Der Bankverein für Schleswig-Holstein A.G. in Altona-Neumünster hat eine Hilfsaktion für die Einleger der Kieler Bank in die Wege geleitet.

Kiel, 24. Okt. Die Justizpressestelle beim Oberlandgericht Kiel teilt mit: Auf Grund der Pressemeldungen über die Vorkommnisse bei der Kieler Bank hat der Oberstaatsanwalt eine Untersuchung eingeleitet und einige besondere Beamte mit deren ausschließlicher Bearbeitung beauftragt.

Kiel, 24. Okt. Auf die Mitteilung des Amtsvorstehers von Maasholm über das Sprengunglück, dem, wie gemeldet, drei Schiffer zum Opfer gefallen sind, wurde eine Sachverständigenkommission der Reichsmarine zur näheren Feststellung und der Untersuchung nach Maasholm entsandt, die ihren Bericht nunmehr vorlegt. Danach hat das Fischerboot S. A. 44 am 20. Oktober in der Nähe des öffentlich bekanntgegebenen Sperrgebiets im Schleppnetz einen auf dem Wassergrunde liegenden Sprengkörper gefischt, mit dem Netz an Deck geholt und dort bis zum 22. Oktober liegen lassen. Die Marinebehörde hat von der Auffindung keine Nachricht erhalten. Am Nachmittag des 22. Oktober ist dann die Explosion erfolgt. Der genaue Hergang konnte noch nicht festgestellt werden, da der überlebende Zeuge noch nicht vernehmungsfähig ist. Der Sprengkörper war Marineeigentum und stammt aus dem durch die Veröffentlichungen bekannt gegebenen Sperrgebiet. Es handelte sich nicht um eine Seemine, sondern um einen kleinen Sprengkörper. Der in der Presse erwähnte zweite Sprengkörper war ein ungefährlicher Gegenstand und ist beseitigt worden. Die Frage des Schadenersatzes wird weiter verfolgt.

Breslau, 24. Okt. Der Tod des Chefs der politischen Polizei in Breslau, Kriminaloberinspektor Albrecht, wird in der Schilderung eines Augenzeugen der Tat auf üble Spielerei mit der Schußwaffe zurückgeführt. Albrecht hatte keinerlei Selbstmordgedanken gehegt, auch keinerlei Vorbereitungen für sein Ableben getroffen. Die Schußwaffe hatte er stets unter dem Kopfkissen zum persönlichen Schutz. Der Geschoßrahmen war aus der Waffe gefallen, nur eine Kugel war noch im Lauf. Bei der Unterhaltung mit seinem Freunde, mit dem er erst eine Stunde vorher Bruderschaft geschlossen hatte, zog Albrecht den Revolver hervor, legte ihn in der Herzgegend an und äußerte: So müßte es doch genügen. Dann krachte der Schuß, der tödlich wirkte. Albrecht hat selbst, so heißt es in der Schilderung, seinen Tod unter alkoholischem Einfluß durch diese Spielerei verschuldet.

Breslau, 24. Okt. Nach den weiteren Feststellungen der Breslauer Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des flüchtigen Konkursverwalters Cohn hat sich, wie die Justizpressestelle mitteilt, der Fehlbetrag von etwa 100 000 Mark auf 400 000 Mark erhöht. Man vermutet, daß der Konkursverwalter Cohn angesichts der mustergültigen Führung der Bücher selbst davon überzeugt war, daß seine Vermögenswerte ausreichende Deckung für die Unterschlagungen — denn solche stehen nunmehr als erwiesen fest — bieten.

Breslau, 24. Okt. Die Ehefrau des flüchtigen Breslauer Konkursverwalters Cohn hat heute einen Selbstmordversuch unternommen, indem sie eine starke Dosis eines Schlafmittels zu sich nahm. Sie ist in bewußtlosem Zustande im Krankenhaus untergebracht worden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Breslau, 24. Okt. Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat heute nachmittag gegen den Inhaber der Installationsfirma Wiertz, Caspar Wiertz, einen Haftbefehl erlassen, weil ein dringender Verdacht des Konkursverbrechens besteht. Daraufhin wurde Wiertz von der Breslauer Kriminalpolizei in Haft genommen und ins Polizeigefängnis gebracht.

Miechowitz, 24. Okt. Heute nachmittag drang ein maskierter Räuber mit vorgehaltener Pistole in die Nebenstelle der Beuthener Bank in Miechowitz ein, wo sein Helfer den Beamten in ein Gespräch verwickelt hatte. Der Beamte warf dem maskierten Räuber ein Zahlbrett entgegen und verletzte ihn anscheinend. Dennoch gelang es dem Räuber unter Mitnahme von 1000 Mark mit seinem Komplizen ungehindert und bisher unerkannt die Flucht zu ergreifen.

Lüttich, 24. Okt. Professor Bertrand, der an der hiesigen Universität dozierte, wurde heute morgen von einem Russen ermordet. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Bologna, 24. Okt. In einer Pulverfabrik in Castenaso bei Bologna erfolgte eine schwere Explosion, bei der 4 Arbeiter getötet und 14 verletzt wurden, davon 5 schwer. Die Ursache der Explosion, durch die auch in Bologna zahlreiche Fensterscheiben in Trümmer gingen, ist noch nicht festgestellt. Feuerwehr und Truppen sind an die Unglücksstelle entsandt worden, um die Rettungsarbeiten aufzunehmen.

London, 24. Okt. Wie aus Madison gemeldet wird, explodierte dort gestern bei der Ankunft des Präsidenten Hoover bei der Abgabe von Salutschüssen ein Geschoß. Sieben Personen wurden verletzt, davon fünf schwer.

Newyork, 24. Okt. Der Berliner Chemiker Dr. Otto Matthies, der mit dem Dampfer „Bremen" vorgestern zum Besuch von Bekannten hier eingetroffen war, fiel heute aus dem Fenster seines im 16. Stock gelegenen Zimmers im Savoy Plaza-Hotel und stürzte 12 Stockwerke tief auf das Dach des angrenzenden Gebäudes hinab, wo er tot liegen blieb. Man nimmt an, daß Dr. Matthies einen Schwindelanfall erlitt, als er aus dem Fenster hinausblickte.

Milwaukee, 25. Okt. Die Eisenbahnfähre, die mit 52 Personen an Bord auf dem Michigansee in einen Sturm geriet, wird jetzt als völlig verloren angesehen, da man das Führerhäuschen und die Leichen verschiedener Personen, von denen man wußte, daß sie an Bord waren, aufgefunden hat. Nach der Zeit, die die Uhr einer der Leichen aufwies, ist die Fähre wahrscheinlich am 22. d. M. gegen Mitternacht gesunken.

Zweite Lesung des Anerbengesetzes.

Stuttgart, 24. Okt. Im Landtag wurde heute die zweite Lesung des Anerbengesetzes vorgenommen und beendigt. Abgelehnt wurde ein Antrag Göhring (Soz.) zu Art. 4, die Bestellung des Schiedsrichters durch die Zentrale für die Landwirtschaft statt durch die Landwirtschaftskammer vornehmen zu lassen. Justizminister Dr. Beyerle erklärte zu dem Artikel, daß die Berechnung nach dem Ertragswert die allein mögliche sei. Der Erblasser könne im Testament den Preis für die Uebernahme bestimmen. Auf dem Bauernhof könne nur eine Familie leben, die Geschwister müßten sich anderswo einen Beruf suchen. Das sei eine Tatsache, die nicht erst durch dieses Gesetz geschaffen werde. Angenommen wurde zu Art. 8 ein Antrag Renz (Ztr.), wonach Söhne und Töchter, die in der Landwirtschaft ausgebildet und in dieser noch hauptberuflich tätig sind, solchen fremder Berufe als Anerben vorgehen. Im übrigen wurden die einzelnen Artikel des Gesetzes, das am 1. April 1930 in Kraft treten soll, nach den Ausschußanträgen angenommen. In der nächsten Sitzung am Freitag nachmittag werden die Großen Anfragen betr. Arbeitslosenversicherung und Bankbeamtenabbau behandelt werden.

„Graf Zeppelin" heimgekehrt.

Friedrichshafen, 24. Okt. „Graf Zeppelin" hat um 11.20 Uhr auf der Heimkehr von seiner Spanienfahrt bei schönem sonnigen Wetter die Stadt Basel passiert. Das Luftschiff, das seinem früheren Kurs über Belfort folgend, vom Westen herkam und Basel in etwa 600 Meter Höhe überflog, wurde von einigen Fliegern des hiesigen Flugplatzes begrüßt und rheinaufwärts begleitet.

Eisenbahnunglück bei Nürnberg.

Nürnberg, 24. Okt. Heute morgen ereignete sich auf der Hauptstrecke Nürnberg—München ein schweres Eisenbahnunglück. Der München-Berlin-Schnellzug D 30, der um 7.40 Uhr München verläßt und um 10.20 Uhr in Nürnberg eintrifft, ist dem Nürnberg-München-D-Zug 389, der um 10.32 Uhr Nürnberg verläßt, bei der Station Reichelsdorf bei Nürnberg in die Flanke gefahren. Der von München kommende Zug hatte den Befehl erhalten, in Schwabach langsam zu fahren. Infolge dieser Befehlsaufnahme hatte er eine kleine Verspätung erlitten. Das Unglück ereignete sich 300 Meter nach der Station Reichelsdorf, genau um 10.34 Uhr. Der Zugführer des Münchener Zuges, der mit starken Quetschwunden ins Stationsgebäude gebracht wurde, gibt falsche Weichenstellung als die Ursache des Unglücks an. Nachdem die Reichsbahndirektion Nürnberg in ihrem Bericht über das Eisenbahnunglück als Ursache des Zusammenstoßes das Ueberfahren des Haltsignals angab, erklärt jetzt der amtliche Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth folgendes: „Als Ursache des Zusammenstoßes muß die unrichtige oder unklare und mißverständliche Befehlsgabe des Fahrdienstleiters der Bahnstation Reichelsdorf angenommen werden. Dieser Fahrdienstleiter wurde vorläufig in Haft genommen."

Die beiden Lokomotiven sind vollständig zerstört. Der Lokomotivführer und der Heizer des D-Zuges mußten aus dem Führerstand herausgeschweißt werden. Außerdem sind völlig zerstört beide Packwagen hinter der Lokomotive des D-Zuges. Die nachfolgenden drei Wagen sind umgestürzt und in den sich daran anschließenden Wagen sind lediglich Leichtverletzte zu beklagen. Der Heizer ist schwer verletzt und außerdem geistesgestört in das Nürnberger Krankenhaus eingeliefert worden. Die Stätte des Unglücks bietet ein Bild schwerster Verwüstung. Ein mitfahrender Arzt, der an der Unglücksstätte die erste Hilfe leistete, versichert, daß nach dem Unglück alles kopflos gewesen sei, daß keiner der Angestellten irgendwie gewußt habe, was zu tun sei. Ein Hilfszug ging von Nürnberg um 11.08 Uhr ab und traf etwa eine halbe Stunde nach dem Unglück ein. Außer den Hilfszügen beteiligten sich an den Rettungs- und Absperrungsmaßnahmen die Nürnberger Feuerwehr, die Nürnberger Arbeiter-Samariterkolonne, die Nürnberger Sanitätskolonne und die Sanitätsmannschaften der Siemens-Schuckert-Werke, die alle sofort zur Stelle waren.

Nürnberg, 24. Okt. Als Tote sind gemeldet: Postassistent Auer-München, Postassistent Obermeier-München, Postschaffner Stadel-München, Lok.-Führer Beer-Nürnberg. Schwerverletzt sind: Mario Serrat, ein Spanier, ein Heizer namens Johann Wagner-Nürnberg; bei beiden besteht Lebensgefahr.

Neuer Bestechungsskandal.

Berlin, 24. Okt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen umfangreichen Bestechungsskandal, in dessen Mittelpunkt eine Pankower Tiefbaufirma steht, aufzudecken. Die Inhaberin der Firma, die 50 Jahre alte, aus Polen gebürtige Witwe Kloß, hat zahlreiche Beamte der Reichsbahn sowie Beamte des Magistrats Pankow und der Reichspost durch teilweise erhebliche Geldzuwendungen veranlaßt, der Firma Lieferungen für die betreffenden Behörden zukommen zu lassen. So hat ein Baurat Arnold vom Betriebsamt Stettiner Bahnhof Zuwendungen für seine schwerkranke Frau erhalten und dafür für Aufträge an die Firma gesorgt. Zwei abgebaute Beamte des Magistrats Pankow hatten bei der Tiefbaufirma Stellungen bekommen und Geschäfte vermittelt. Doch völlig ungeklärt ist die Ueberweisung von 6000 Mark an die Firma für Rechnung des Pankower Magistrats, für die weder ein Auftrag erteilt noch ausgeführt worden ist. Auch ein Telegraphenobersekretär hat der Firma Lieferungen vermittelt. Weiter scheint festzustehen, daß darüber hinaus Schiebungen mit Lohnabrechnungen gemacht worden sind. Wegen der Bestechungen sind außer der Inhaberin Frau Kloß auch vier der schuldigen Beamten dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Der Obersekretär Kneise, der abgebaute und später angestellte Obermagistratssekretär Franz Groß, der Telegraphen-Obersekretär Lebram und der Telegraphenobersekretär Köditz. Baurat Arnold vom Betriebsamt Stettiner Bahnhof hat persönlich kein Geld erhalten, sondern nur seine Frau. Von den Zuwendungen hatte er aber Kenntnis gehabt. Im ganzen sind bisher zwanzig Personen zu der Affäre vernommen worden. Außer den genannten vier Beamten und Frau Kloß sind die übrigen wieder entlassen worden. Unter den Aufsehern, deren Wohlwollen bei den Schiebungen bei den zuständigen Stellen notwendig war, war es bekannt, daß Frau Kloß beim Begrüßen einen 50- oder 100-Mark-Schein gleiten ließ, der auch willig genommen wurde.

Hindenburg und das Volksbegehren.

Berlin, 24. Okt. **In einer Unterhaltung, die der Reichspräsident heute mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover hatte, erklärte Reichspräsident v. Hindenburg auf eine Anfrage: „Er stehe nach wie vor dem Volksbegehren als solchem in voller Neutralität und Ueberparteilichkeit gegenüber. An dieser, seiner grundsätzlichen Haltung, wie er sie in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 16. Oktober dargelegt habe, ändere auch die Aeußerung nichts, die er in seiner Besprechung mit dem Reichskanzler am 18. Oktober getan habe."**

Keine Vermehrung der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz.

Berlin, 24. Okt. Einige Berliner Morgenblätter haben heute erneut Meldungen gebracht über französische Rekruteneinstellungen in die in der Pfalz stationierten Regimenter. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß es zwar richtig ist, daß Rekruten neu eingestellt werden. Diese Rekruten treten aber an die Stelle der alten Mannschaften, die alljährlich im Herbst in die Reserven entlassen werden. Der Gesamtbestand der französischen Truppen wird durch diese Neueinstellungen nicht vermehrt. Tatsächlich sind sogar schon, wie bereits gemeldet, größere Truppenzurücknahmen vorgenommen worden. Daß keine Vermehrung der Truppen erfolgt ist oder erfolgen wird, ergibt sich auch schon daraus, daß nirgends neue Quartiere und Wohnungen angefordert worden sind.

Am 6. November Bekanntgabe des Ergebnisses des Volksbegehrens.

Berlin, 24. Okt. Die Wahlleiter der einzelnen Wahlkreise im Reich sind angewiesen worden, bis zum 6. November die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren in ihren Wahlkreisen dem Reichswahlleiter mitzuteilen. Bei der schwierigen Art der Listenaufstellung, die in den einzelnen Gemeinden einzeln gezählt werden müssen, wird es erst an diesem Tage möglich sein, das vorläufige amtliche Ergebnis der Eintragungen bekanntzugeben.

Urkundenfälschung im Gefängnis? Schwerer Verdacht gegen die Sklareks.

Berlin, 24. Okt. Gegen die Gebrüder Sklarek ist in der letzten Woche der Verdacht aufgetaucht, Urkunden im Gefängnis verfälscht zu haben. Ende voriger Woche wurde eine Persönlichkeit vernommen, die mit den Sklareks gesellschaftlich viel verkehrte, bei ihnen auch Anzüge gekauft hat und zum engeren Kreise der Freunde Sklareks gehört hat. Diese Persönlichkeit mußte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ebenso wie andere Zeugen oder Beschuldigte Quittungen über Anzüge oder andere Sachen beibringen, die in der K.V.G. verkauft, in Wirklichkeit aber von anderen Firmen hergestellt waren. Einige dieser Quittungen, die der Staatsanwaltschaft und den mit der Untersuchungsbehörde zusammenarbeitenden Polizeikommissaren vorgelegt waren, trugen das Ausstellungsdatum 1927. Bei der Staatsanwaltschaft hatte man aus ganz bestimmten Gründen den Verdacht, daß die Quittungen nicht vor zwei Jahren, sondern vielleicht erst in allerletzter Zeit hergestellt worden sind. Es entsteht nun die Frage, wie, wenn der Verdacht der Staatsanwaltschaft sich bewahrheiten sollte, es möglich gewesen wäre, Quittungsformulare der K.V.G. in das Untersuchungsgefängnis hineinzubringen und die Dokumente mit der Unterschrift der Gebrüder Sklarek wieder herauszuschmuggeln, so daß sie dann an die betreffenden Persönlichkeiten weitergeleitet werden konnten. Nach Informationen einer Korrespondenz handelt es sich um die Quittungen, die der Bürgermeister Schneider der Staatsanwaltschaft auf ihr Verlangen vorgelegt hat und die tatsächlich auf das Jahr 1927 ausgestellt sind. Bürgermeister Schneider ist zu der Angelegenheit noch nicht weiter vernommen worden, weil die Staatsanwaltschaft erst abwarten muß, ob der Verdacht, den sie geäußert hat, irgendwie begründet ist. Sollte die Angelegenheit ergeben, daß hier eine spätere Datierung vorgenommen worden ist, so würde die Sache für alle Beteiligten von folgenschwerster Bedeutung sein.

Regierungsrat Fabricius vom Amt suspendiert.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat, laut „Vorwärts", den nationalsozialistischen Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt Berlin mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Auf Anordnung der Reichsregierung war am 22. Oktober ein Teil des Aufrufes des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom 30. September 1929 als „Stresemanns Vermächtnis" in den Dienstgebäuden angeschlagen worden. Das geschah, weil sich dieser Teil des Aufrufes gegen das Volksbegehren des Reichsausschusses richtete. Dr. Fabricius hat diesen Anschlag eigenmächtig abgerissen und der Aufforderung des Präsidenten des Landesfinanzamtes, das Plakat wieder anzubringen, zunächst keine Folge geleistet. Sein Briefwechsel mit seinem vorgesetzten Präsidenten über den Vorfall, der die deutliche Absicht verrät, sein bisheriges Treiben fortzusetzen, hat dem Reichsfinanzminister Veranlassung gegeben, Dr. Fabricius sofort seines Amtes zu entheben. Außerdem schwebt gegen Dr. Fabricius ein Disziplinarverfahren wegen ungehöriger Angriffe auf die Reichsregierung in völkischen Blättern.

Ludendorff und das Volksbegehren.

In seiner Zeitschrift „Ludendorffs Volkswarte" nimmt Ludendorff persönlich Stellung zum Volksbegehren und schreibt u. a.: „Selbst, wenn etwa vier Millionen Deutsche das Volksbegehren wünschen, und es somit stattfindet, so ist es an der mangelnden Aufklärung des Volkes und der gegenseitigen Erbitterung ausgeschlossen, daß sich etwa 20 Millionen Deutsche finden, die gegen den Owen-Youngplan und die Kriegsschuld stimmen. Damit aber hat das Volk selbst entschieden und das, was Versailles und Locarno nicht erreicht haben, auf sich genommen: Seine Schuld am Kriege, und seine finanziellen „Schulden", die aus politischen zu privatwirtschaftlichen umgewandelt werden sollen. Anderenfalls wäre nur der Reichstag verantwortlich gewesen. Es liegt ein tiefer, bedeutungsvoller Unterschied darin, ob das Volk oder der Reichstag spricht. Ich halte das Volksbegehren in augenblicklichen Verhältnissen für eine Schädigung des Volkes, das Handeln der Gegenseite naturgemäß nicht minder."

Kindertumult im Kino.

Während eines Lichtbildervortrages in den Alhambralichtspielen in Schöneberg haben sich unglaubliche Szenen abgespielt. Das Publikum, fast ausschließlich Kinder, begann während des Vortrages so zu lärmen, daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Als die Kinder dann aufgefordert wurden, das Theater zu verlassen, machten sie einen Höllenlärm, demolierten einen großen Teil der Inneneinrichtung des Kinos und wollten den Vortragenden verprügeln. Es entstand eine Schlägerei, die mit Stuhlbeinen, elektrischen Glühbirnen als Wurfgeschosse und anderen Waffen, ausgefochten wurde. Der Kinodirektion blieb nichts anderes übrig, als Polizei zu rufen, die die Kinder aus dem Hause wies. Unter Führung eines Vierzehnjährigen, der einem kommunistischen Jugendverband angehören soll, sammelten sich nun etwa 200 der jugendlichen Ruhestörer vor dem Hause. Dann bildeten sie einen „Stoßtrupp", der die Türen des Kinos aufbrach und im Innern neue Verwüstungen anrichtete. Die Polizei nahm daraufhin den Vierzehnjährigen fest und zerstreute die Zusammenrottungen. Zu diesem unerhörten Vorfall werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Vor den Schöneberger Schulen wurden letzthin Zettel an die Kinder verteilt, in denen ein Bergingenieur zu einem Film über Kohlegewinnung in die Alhambralichtspiele einlud. Der Ingenieur zeigte aber statt des angekündigten Films nur Lichtbilder. Den Kindern paßte das nicht und plötzlich setzte ein lautes Toben ein, so daß die Kinder aus dem Hause gewiesen werden mußten.

Dornierwerke in Amerika.

Berlin, 24. Okt. Wie die Berliner Vertretung der Dorniermetallbauten G. m. b. H. mitteilt, ist es unzutreffend, daß zwischen den Dornier-Metallbauten G. m. b. H. in Friedrichshafen und der General Motors Corporation ein Abkommen getroffen worden sei. Verhandlungen darüber wurden anfangs des Jahres in Newyork von Dr. Dornier persönlich geführt und werden im November des Jahres in Friedrichshafen zum Abschluß gebracht. Die Dornier-Corporation of Amerika ist, wie die Firma weiter erklärt, eine von den Fokker-Unternehmungen vollständig unabhängige Gesellschaft. Sie wird sich ausschließlich mit der Fabrikation von Dornier-Typen befassen. Dornier wird Mitte November nach Amerika reisen, um mit den maßgebenden Herren der General Motors Corporation das Fabrikationsprogramm zu beraten und festzulegen.

Böß wird ausgepfiffen.

Berlin, 24. Okt. Herr Oberbürgermeister Böß, der Amerikafahrer, scheint bei den Berlinern viel an Ansehen eingebüßt zu haben. Da läuft in einigen Berliner Kinos eine Wochenschau, die auch einige Bilder von der Reise des Stadtoberhaupts und seiner Begleiter durch Amerika bringt. Diese Bilder wurden nicht gerade freundlich vom Publikum aufgenommen. Es kam zu einem lang anhaltenden Pfeifkonzert, dazwischen wurden schmähende Rufe laut, die teilweise recht derb waren und auf den sonderbaren Pelzkauf bei der Firma Sklarek anspielten. Um des lieben Friedens willen mußte die Vorführung der Wochenschau abgebrochen werden. Es ist beabsichtigt, die betreffenden Bildstreifen herauszuschneiden. Das ganze ist sicher kein Zeichen besonderer Disziplin des Berliner Publikums, denn nach einem alten deutschen Wort ist eines Manes Rede keines Mannes Rede, man muß sie hören alle Beede. Und Oberbürgermeister Böß hat bisher noch kaum Gelegenheit gehabt, sich zu rechtfertigen. Das soll erst in der nächsten Woche geschehen. Am 30. Oktober trifft der Oberbürgermeister wieder in Berlin ein, am nächsten Tag findet bereits die nächste Stadtverordnetenversammlung statt. Man darf wohl erwarten, daß hier Dr. Böß schleunigst die Gelegenheit benutzen wird, um einen Rechtfertigungsversuch vorzunehmen. An Vorwürfen wird ihm, nach der gereizten Stimmung der Berliner zu urteilen, nichts erspart bleiben.

Schweres Einsturzunglück in Beuthen.

Beuthen, 23. Okt. Im Neubau des städtischen Hallenschwimmbades an der Promenade stürzte heute vermutlich infolge einer plötzlichen Bodensenkung eine Mauer ein und riß eine Betondecke in die Tiefe. Aus den Trümmern wurden 14 Verletzte, darunter vier Schwerverletzte, geborgen. Sieben Arbeiter befinden sich noch unter den Trümmern. Den Bemühungen der Grubenrettungswehr und der Bauarbeiter ist es heute abend gelungen, die Leiche eines der bei dem Bauunglück verschütteten Arbeiters aus den Schuttmassen zu bergen. Eine Stunde später wurde die Leiche eines weiteren Arbeiters gefunden. In der zwölften Nachtstunde wurde das dritte Todesopfer geborgen. Nunmehr liegt noch ein Vermißter unter den Schuttmassen.

Verschlimmerung im Befinden Bülows.

Rom, 24. Okt. Im Befinden des Altreichskanzlers Fürst Bülow ist im Laufe des heutigen Tages die befürchtete Verschlimmerung eingetreten. Der Fürst liegt seit einigen Stunden besinnungslos. Die Aerzte sind um ihn bemüht. Der Reichskanzler Müller hat die deutsche Botschaft in Rom beauftragt, dem erkrankten Fürsten Bülow seine besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung auszusprechen. Von den behandelnden Aerzten, den Professoren Nazzari und Machiafavi, wird mitgeteilt, daß sich am Donnerstag eine Herzlähmung mit heftigen Atembeschwerden eingestellt habe. Fürst Bülow hat das Bewußtsein bis zum Abend nicht wieder erlangt. In der Villa Malta wird nicht mehr mit dem Aufkommen des Fürsten gerechnet. Entgegen den bestimmten Ableugnungen, die in den letzten Tagen aus der Umgebung des Fürsten der Presse mitgeteilt wurden, liegt nunmehr ein von Professor Nazzari gezeichneter Bericht vor, nach dem Fürst Bülow bereits am 15. Oktober einen Gehirnschlag mit Lähmung der rechten Seite erlitten hat.

Revolveranschlag auf Kronprinz Umberto.

Brüssel, 24. Okt. Heute vormittag wurde gegen den italienischen Kronprinzen Umberto, der hier zur Verlobung weilte, ein Attentat verübt. Die Kugel ging aber fehl. Der Prinz wollte sich zum Grabe des unbekannten Soldaten begeben und dort einen Ehrenkranz niederlegen. In dem Augenblick, da er die Stufen von der Straße herabstieg, stürzte sich ein etwa 30jähriger Mann auf ihn und gab sieben Schritte von ihm entfernt einen Revolverschuß ab. Der Schuß ging daneben. Als der Attentäter zum zweiten Male schießen wollte, wurde er von einem Polizisten gefaßt und zu Boden geworfen. Gleichzeitig wurde eine zweite Verhaftung vorgenommen. Der Prinz und seine Umgebung blieben ruhig und führten die Zeremonie der Kranzniederlegung ohne Zögern aus. Das Publikum brachte Hochrufe aus. Die Polizei hatte größte Schwierigkeiten, den Attentäter zu schützen. Wie es sich jetzt herausstellt, handelt es sich um einen italienischen Revolutionär Ferdinando de Rosa, der am Vor-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

abend von Paris eingetroffen war. Er ist Student und am 9. Oktober 1908 in Mailand geboren.

Trümmer des Ozeanflugzeugs „Golden Hind" gesichtet.

Newyork, 24. Okt. Nach in Harborgrace aufgefangenen Schiffstelegrammen soll ein Dampfer, dessen Name nicht näher festgestellt ist, gestern nachm. ein in den Farben Orange und Schwarz gestrichenes Wrackstück von einem Flugzeug auf dem Meere treibend gesichtet haben. Es wird befürchtet, daß es sich um Trümmer des Flugzeugs „Golden Hind" handelt, mit dem der Flieger Ditemann von Neufundland aus Europa erreichen wollte. Die Sichtmeldung ist von dem unbekannten Schiff an den Funktelegraphisten des Dampfers „Scythia" gelangt, und von diesem an den Dampfer „Kyle" weiter gegeben worden, ehe sie Harborgrace erreichte.

Hinweise.

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.)

Birkenfeld. Auf das am Sonntag, den 27. d. M., im Hotel „Schwarzwaldrand" stattfindende Konzert der Sängerabteilung des I. F.C. wird noch besonders hingewiesen. Ein Besuch desselben ist sehr zu empfehlen. Es kommen Lieder zum Vortrag von lauter berühmten Komponisten, wie Franz Abt, Fr. Ulrich, Fritz Neuert, M. Doebert und Willi Hermann. Nicht zu vergessen Viktor Keldorfer, der zu den größten zurzeit lebenden Komponisten zählt. Besondere Aufmerksamkeit wird der zum erstenmal allein hier auftretende Klarinettist Ernst Keller in Anspruch nehmen. Auch die beiden beliebten Solosänger Oskar Eberle und Eugen Müller werden einige Lieder zum Vortrag bringen. Nach dem Konzert ist noch ein gemütliches Beisammensein mit Tanz. Auch hier ist für erstklassige Musik Sorge getragen.

Amtsgericht Neuenbürg.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Adolf Held,** Friseurs und Inhaber eines Textilgeschäftes in **Wildbad,** ist zur Beschlußfassung über den vom Gemeinschuldner eingereichten Zwangsvergleichsvorschlag sowie zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf

Samtag den 16. November 1929, vormittags 9 Uhr,

bestimmt. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Den 23. Oktober 1929.

Papier- und Brennholz-Versteigerung.

Das **Großherz. Forstamt Kaltenbronn** versteigert am **Samstag den 2. November 1929, mittags 12 Uhr, im Gasthaus zu Kaltenbronn** aus Abt. I 13, 15, 15 bis 19, 15—22, 1—25, 34, 43, 45, 49, 51, 60, 74, 75, 80, 83, 84, 90, 91, 95: 220 Ster meist ficht. Papierholz in der Rinde, 23 Ster buch. und 381 Ster tann. Scheiter, 831 Ster tann. Prügel und 2 Ster Reisprügel. Barzahlung bis spätestens 14. Dezember 1929.

Das Holz wird vorgezeigt von den Förstern Reuthebuch in Dürrench, Post Dobel, OA. Neuenbürg, Rheinschmidt in Brotenau, Post Gernsbach i. M., Dientel in Kaltenbronn, Post Gernsbach i. M. und Schultheiß in Rombach, Post Enzklösterle in Württemberg.

Wir liefern

Ehren-Urkunden und Plakate

für Turn-, Gesang-, Krieger- und Schützenvereine, Feuerwehren, Fußball-, Radfahrer- und alle sonstigen Sportvereine, Handwerker-, Landwirt. Vereine und Kleintierzuchtvereine, Garten- und Obstbauvereine

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. D. Strom Neuenbürg a. E. Telefon 4

Lungenverschleimung,

hartnäckigen Husten, Luftröhrenkatarrh, Keuchhusten, Bronchialkatarrh, Asthma rc. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende

Dellheim's Brust- und Lungen-Tee.

Preis Mk. 1.25. Zu haben in den Apotheken in Neuenbürg, Schömberg, Wildbad.

Sämtliche Plakate

für Restaurants, Gasthäuser usw.

Neuer Wein

Heute Schlachtpartie

Warmer **Zwiebelkuchen**

Zimmer zu vermieten

liefert in sauberer Ausführung

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. D. Strom Neuenbürg a. Enz Telefon Nr. 4

Ortsbücherei Birkenfeld.

Ab 25. Oktober 1929 ist die **Ortsbücherei jeden Freitag von 1/28—1/29 Uhr abends geöffnet.** (Altes Schulhaus, Zimmer 5.) Viele neue Bücher! Leihkarte 50 Pfg.

Hörtling.

Zum Volksbegehren!

Die Kriegsschuldlüge ist schuld an Arbeitslosigkeit und Teuerung. Beseitige daher die Kriegsschuldlüge durch Eintragung zum deutschen Volksbgehren.

Neuenbürg.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß meine

Oelmühle

ab 2. November außer Betrieb

ist. Es kann **nächste Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag noch geschlagen werden.**

Hochachtungsvoll!

Oelmühle Neuenbürg.

E. Mann Wtw.

Für

Beamtungen

liefern wir sämtliche

Druckarbeiten

raschestens u. preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Conweiler. Gasthaus z. „Waldhorn".

Am **Sonntag den 27. Oktober** findet

große Tanz-Unterhaltung

statt, wozu höflichst einladet

L. Karcher und die Feuerwehrkapelle Conweiler.

Oberkollbach.

Am **Sonntag den 27. Oktober** findet im **„Hirsch"**

Tanz-Unterhaltung

statt, wozu freundlichst einladet die Kapelle Hohnloser.

Der Besitzer: **Friedr. Bäuerle.**

Württ. Schwarzwald-Verein Ortsgr. Birkenfeld

Die auf nächsten Sonntag festgelegte Tages-Wanderung nach Ludwigsburg **fällt aus.** An deren Stelle

Frühausflug

nach der **Grenzsägmühle.** Abmarsch um 8 Uhr beim „Adler".

Der Vorstand.

Neuenbürg.

Möbliertes, heizbares

Zimmer

auf 1. November zu vermieten.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Heute

Schlachtpartie

bei

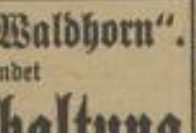
Rüd

zur Haltestelle Engelsbrand.

Birkenfeld.

Eine sehr schöne

Nutz- und Fahrkuh,



mit dem 3. Kalb 36 Wochen trächtig, ist zu verkaufen

Goethestraße Nr. 9.

Zum Volksbegehren.

Wer sich ein Urteil in einer Sache bilden will, wird niemals nur auf die Meinung einer Seite hören. Wer aber nur die Presse der Reichsregierungskoalition und ihres Anhangs liest (Schwäb. Merkur, Stuttg. Neueste Nachrichten, Tageblatt, Vorwärts, Freie Presse, Pforzh. Anzeiger, Enztäler, Deutsch. Volksblatt, Beobachter, Selbsthilfe usw.) verfällt in diesen Fehler und gerät damit in Irrtum.

Schon das zweierlei Maß, mit dem von Berlin aus in der Sache gemessen und die Gehässigkeit, mit der man die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition, Beamten und jeden, der eine gegenteilige Meinung äußert, durch Mißbrauch seiner Regierungsgewalt auszuschalten und den Gegner mundtot zu machen sucht, gibt zu stärksten Bedenken Anlaß, wie es um die eigene Sache stehen muß.

Der Aufruf gegen das Volksbegehren ist irreführend.

Jedermann weiß, daß die Entente-Regierungen unsere Todfeinde, denn das sind und bleiben sie, die Macht in Händen haben und uns zu allem zwingen können. Also wird auch **jeder** Politiker dementsprechend seine Maßnahmen treffen. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man zu etwas gezwungen wird oder ob ich mich freiwillig füge, anerkenne und unterschreibe. Diktat muß Diktat bleiben. Eine Hundsfott, wer die Hand seines Peinigers leckt und streichelt. — Wird der Youngplan abgelehnt, was wird dann? Nun zunächst bleibt wohl der Dawesplan dann in Kraft. Seine Undurchführbarkeit wird sich bald erweisen und das in ihm festgelegte Revisionsrecht muß in Kraft treten, das im Youngplan fehlt. Was wird, findet sich dann. Haben aber unsere Machthaber durch voreiligen Antrag auf Revision des Dawesplans, dieses Revisionsrecht selbst eine verwirkt, so sollen sie auch selbst zusehen, ihre Torheit wieder gut zu machen.

Wohin führte die Friedensbereitschaft Erzbergers zur falschen Zeit und in falscher Weise geäußert?

Es ist irreführende und nicht die volle Wahrheit, wenn der Aufruf gegen das Volksbegehren sagt, daß die Staatshoheit des Reiches wiederhergestellt, das Rheinland wieder frei und das Saargebiet restlos dem Reiche wieder angegliedert würde. Die sogenannten Erleichterungen des Youngplanes auf finanziellem Gebiet sind nur gering und fallen den Schattenseiten des Planes gegenüber nicht ins Gewicht. Kein Mensch, auch der dümmste nicht, in Deutschland denkt, daß wir unseren Feinden etwas aufzwingen könnten. **Niemals ist die Kriegsschuldlüge amtlich widerrufen worden** und gerade jetzt noch hat die Pariser Presse einmütig Minister Severing auf seine Reden geantwortet, man dächte garnicht daran, auch nur ein i-Tüpfelchen des Kriegsschuldparagraphen umzustoßen. **Wie steht es aber um deine Sache, wenn deine Feinde sie loben?** Eben der feindlichen Presse aber, die sich nicht genug tun kann des Rühmens über die Stresemannsche Erfüllungspolitik, entschlüpfte bei einer Besprechung der deutschen Opposition in den letzten Tagen, sicher ungewollt, das Bekenntnis, daß man nicht vergessen dürfe, daß diese **deutsche Opposition** bei der augenblicklichen Machtverteilung **zwar nicht zu fürchten sei, ihr aber die Elite der politischen Köpfe angehörten,** die in Deutschland Politik treiben.

Es ist nicht wahr, daß es Krieg gäbe oder etwas Aehnliches, wenn der Youngplan nicht angenommen wird. Ebenso unwahr ist es, daß ein 60 000 000 Volk jemals ohne Waffen wäre, wenn dies auch keine Flinten und Kanonen sind. **Ein großes Volk, das einig ist, ist stets eine gewaltige Macht** und hat Mittel und Wege sich auf die Dauer durchzusetzen, wenn es nur den Mut hat, auf sich zu nehmen, was ihm das Schicksal bestimmte, anstatt stets feige zusammenzu klappen. Was wir wollen, ist das: Das nationale Deutschland will keine Katastrophenpolitik mehr, die man als angebliche Realpolitik frisiert. In allen Ländern wird die Regierung aus einer nationalen Opposition sich Werte zu schaffen für ihre Zwecke, nur im heutigen Deutschland nicht, wo die Sozialdemokratie die Kriegsschuldlüge braucht, um ihr Tun rechtfertigen zu können. Wir wollen das deutsche Volk aufrufen, endlich von dem Gedanken: „Nach uns die Sintflut!" abzulassen. Wir wollen es zur geschlossenen Willensbetätigung aufrufen, eingedenk der Worte des demokratischen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die er sprach, als er damals von den Beratungen über den Youngplan zurückkehrte, der jetzt aber den Aufruf gegen das Volksbegehren unterzeichnete: „Wie soll man festhalten, wenn 300 Reichstagsabgeordnete in Berlin alles unterzeichnen wollen? Eine passive Abwehr oder eine geschlossene Willensbetätigung gegen ungerechte Zumutungen würde uns in mancher Frage Erleichterungen verschaffen. Allein an solcher geschlossenen Willensbetätigung fehlt es zur Zeit dem deutschen Volke völlig."

Das deutsche Volksbegehren und das Freiheitsgesetz soll diese Willensbetätigung schaffen.

Also zeichne jeder sich ein in die Listen, sie liegen bis zum 29. Oktober auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 3, in den Amtsstunden und Sonntags von 11—12 Uhr vorm. auf.

Für den Landesausschuß Württemberg für das deutsche Volksbegehren:

Hrch. Conze.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw